

Anschrift:

Hohe Lucht 5 · 48431 Rheine
Fon (0 59 71) 5 77 66
Fax (0 59 71) 5 08 30

Internet-Adresse:

www.SPD-Rheine.de

Bankverbindung:

Stadtparkasse Rheine
Konto-Nummer: 7 026 180
Bankleitzahl: 403 500 06

Datum *5.12.06*

Antrag der SPD-Fraktion

Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Rheine bittet die Verwaltung zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Übernahme von Aufgaben der Entwicklungs- und Wirtschaftsförderungsgesellschaft für Rheine mbH (EWG) durch die kreiseigene West mbH ermöglicht werden kann.

Begründung

Rat und Verwaltung haben sich darauf verständigt, zur Konsolidierung des Haushaltes in den kommenden fünf Jahren 10 Millionen Euro einzusparen. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es daher geboten, nicht nur in den Fachbereichen der Verwaltung, sondern auch in den städtischen Beteiligungsgesellschaften nach Einsparpotenzialen zu suchen.

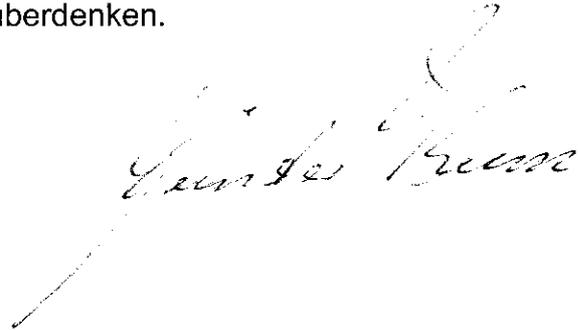
In einem Antrag vom September 2005 hatte die SPD-Fraktion Rheine bereits darum gebeten, auf Grundlage der von der Gemeindeprüfungsanstalt des Landes NRW empfohlenen regelmäßigen Betätigungsprüfung eine Evaluation der EWG durchzuführen. Den bereits hinter diesem Antrag stehenden Gedanken, Sparpotenziale zur Konsolidierung des Haushaltes zu eröffnen, wollen wir mit unserem jetzigen Antrag fortführen.

Die Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaft Steinfurt mbH (West mbH) versteht sich als Wirtschaftsförderungseinrichtung für den gesamten Kreis Steinfurt und erfüllt damit Aufgaben, die auch von der EWG-Rheine abgedeckt werden. Als Beispiele seien genannt die Beratungsangebote für Unternehmen bei der Standortsuche, Existenzgründungen, Nachfolgeregelungen und bei der Bereitstellung von Förderprogrammen.

In diesen Bereichen sind aus Sicht der SPD-Fraktion Synergien nicht nur denkbar, sondern drängen sich geradezu auf. Die Prüfung einer teilweisen oder gänzlichen Übernahme der Aufgaben der EWG durch die West mbH ist daher auch aus Gründen einer effizienteren Verwendung der von der Stadt Rheine gezahlten Kreisumlage geboten.

Voraussetzung muss dabei allerdings sein, dass die für die Bürgerinnen und Bürger Rheines zu erfüllenden Aufgaben ohne Qualitätsverlust fortgeführt werden können. Zu berücksichtigen ist auch, dass bestimmte Aufgaben, wie etwa die Unterstützung der Immobilien- und Standortgemeinschaften oder die Entwicklung Bentlages als Gesundheitszentrum weiter durch das Rheiner Rathaus federführend zu begleiten sind.

Darüber hinaus könnte durch die Zusammenführung der Aufgaben ein positives Signal in Richtung anderer Kommunen gegeben werden, den teilweise ruinösen Wettbewerb zwischen den Kommunen zum Beispiel bei der Bereitstellung von Gewerbeflächen neu zu überdenken.



Guido Busse